

Offener Brief von 106 Lehrenden der Max-Brauer-Schule an die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Auf Ihrer Website bieten Sie die (anonyme) Möglichkeit Lehrerinnen und Lehrer zu melden, bei denen ein „Anfangsverdacht“ besteht, das schulische Neutralitätsgebot nicht zu beachten. Sie schrecken vor dem Zynismus nicht zurück, dies mit dem Kampf „für Meinungsfreiheit und damit für eine lebendige Demokratie“ zu begründen.

Wir sind der Auffassung, dass Sie das Neutralitätsgebot an Schulen missverstehen und versuchen uns dadurch einzuschüchtern.

Wir begreifen Ihr Portal als Aufforderung zum Denunziantentum und lehnen diesen Zensurversuch als politische Unkultur entschieden ab.

Hiermit beanspruchen wir folgende Punkte für uns:

- Wir informieren sehr kritisch über die Inhalte und Strategien der AfD und anderer Parteien und Gruppierungen mit demokratiefeindlichen Absichten.
- Wir weisen Schülerinnen und Schüler explizit darauf hin, welche Gefahren von einem Erstarken der AfD für die freiheitlich demokratische Grundordnung ausgehen können.
- Wir erarbeiten mit Schülerinnen und Schülern im Unterricht die in mindestens Teilen der AfD vorherrschende ablehnende Haltung gegenüber Pressefreiheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.
- Der Grundsatz der Max-Brauer-Schule lautet „Vielfalt ist Reichtum“. Wir sprechen an, dass wir dieses Prinzip durch eine Partei gefährdet sehen, deren Führungspersonal etwa in Deutschland lebende Türkinnen und Türken als „Kameltreiber“ bezeichnet und Politikerinnen in Anatolien „entsorgen“ möchte.
- Wir diskutieren im Unterricht über die unterschiedlichen Spielarten der menschenfeindlichen Ideologie des Rassismus und bringen zur Sprache, dass wir diese Haltung in den Positionen und der Rhetorik der AfD wiederfinden.
- Wir thematisieren im Unterricht, dass die wiederholte und andauernde Reduzierung komplexer Sachverhalte verbunden mit der Schuldzuweisung auf eine Minderheit, die in der AfD stattfindet, der Rhetorik gleicht, die in der Massenvernichtung von Millionen von Menschen und einem Weltkrieg endete - was von Führungspersonen der AfD als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte aufgefasst wird.
- Wer in der Schule seine politische Meinung frei ausspricht, muss sich der Diskussion stellen und keinerlei Sanktionen oder Einschüchterungen erwarten. Dieses Prinzip gilt in erster Linie für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für uns Lehrkräfte.
- Wir hetzen nicht. Wir bilden die politische Debatte um den Charakter der AfD in unserem Unterricht ab und beziehen dazu Stellung (Beutelsbacher Konsens).

Wir sind der Überzeugung, dass es unsere Pflicht ist, unsere Schülerinnen und Schüler über die Instrumentarien einer wehrhaften und lebendigen Demokratie aufzuklären und sie zu ermutigen, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Wir handeln dabei nicht entgegen den Grundsätzen unseres Berufsstandes, sondern folgen unserem Diensteid, in dem wir uns verpflichten, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren.

Wir möchten mit diesem offenen Brief diejenigen Kolleginnen und Kollegen stärken, die durch Ihre Beschwerden bereits unter Druck geraten sind und rufen alle Kollegien der Hamburger Schulen dazu auf, es uns gleich zu tun.

Ferner rufen wir die Schulbehörde dazu auf, die von den Angriffen der AfD betroffenen Kolleginnen und Kollegen in größtmöglichem Umfang zu schützen.

Unterzeichnet von 106 Lehrkräften der Max-Brauer-Schule